

DATENSCHUTZ

Facebook gibt nach

Ein Etappensieg gegen den Internetgiganten Facebook und dessen Chef Mark Zuckerberg haben deutsche Datenschützer errungen. Das Unternehmen sagte im umstrittenen „Friend-Finder“-Verfahren weitgehende Änderungen zu. Bisher bekamen Personen Einladungen zu einer Mitgliedschaft bei Facebook per Mail zugeschickt, selbst wenn sie niemals mit dem Online-Netzwerk zu tun gehabt hatten. Diese Einladungen enthielten oft auch Bilder von Personen, die sie teilweise tatsächlich kannten – was viele Adressaten beunruhigte. „Vielen ist überhaupt nicht klar, woher Facebook wissen kann, dass sie diese Mitglieder im echten Leben kennen“, sagt Johannes Caspar, Datenschutzbeauftragter der Stadt Hamburg. Seine Behörde leitete wegen dieses Vorgehens ein Bußgeldverfahren gegen Facebook ein. Hintergrund: Erlaubt ein Nutzer Facebook den Zugriff auf sein E-Mail-Adressbuch, kann die Plattform die Daten vernetzen. Dieses Schattennetzwerk wird dafür verwendet, weitere Mitglieder zu akquirieren.



CHRISTIAN SINIBALDI / EYEVINE

Zuckerberg

Die zuständigen Hamburger Datenschützer verhandelten Facebook nun ab, zukünftig jedem Mitglied eine „transparente Kontrolle über die von ihm importierten Adressen“ zu ermöglichen. Dafür soll es ein Adressbuch geben, mit dessen Hilfe der Nutzer auswählen kann, wer eingeladen werden soll. Auch soll es Warnungen geben, bevor man Facebook das eigene Adressbuch anvertraut oder eine Einladung verschickt wird. „Facebook muss einblenden, dass der Nutzer nur Kontakte einladen soll, die er persönlich kennt und die seiner Meinung nach eine Einladung wollen“, sagt Caspar. Der eingeladene Nicht-Facebook-Nutzer muss ebenfalls informiert werden, warum er diese Mail erhält. Auch kann er verfügen, nie wieder von Facebook zu hören, und seine Adresse sperren. „Wir hätten es besser gefunden, wenn ohne Zustimmung der Betroffenen überhaupt keine Adressen gespeichert werden“, sagt Caspar. Ob diese Änderungen neben Deutschland auch in weiteren Ländern angeboten werden, vermochte Facebook nicht zu sagen.

„Wetten, dass ..?“-Sendung vom 4. Dezember 2010

HERMANN J. KNIPPERTZ / REUTERS



ZDF

Freispruch vom Gutachter

Das nach dem Sturz des Wettkandidaten Samuel Koch bei „Wetten, dass ...?“ vom ZDF in Auftrag gegebene externe Gutachten ist im Sender erleichtert aufgenommen worden. Der Leiter des Instituts für Biomechanik und Orthopädie der Deutschen Sporthochschule Köln, Gert-Peter Brüggemann, komme in seiner Expertise zu dem Schluss, dass bei dem Unfall kein Fremdverschulden nachzuweisen sei, heißt es in Senderkreisen. Weder der Vater, der bei dem Unglückssprung das Auto fuhr, noch den Mitarbeitern der Sendung werde Versagen vorgeworfen. Samuel Koch war am 4. Dezember bei dem Versuch gestürzt, mit Sprungfedern an den Füßen ein fahrendes Auto zu überspringen, und hatte sich dabei schwer an der Halswirbelsäule verletzt. Später wurden Vorwürfe erhoben, der Sender habe die Wette unnötig riskant gemacht. Das ZDF will die Details der Studie am Mittwoch öffentlich machen.

TV-PROGRAMM

Live aus dem Swinger-Club

Mit einem an Peinlichkeit kaum zu überbietenden TV-Beitrag hat sich der SWR blamiert. Die „Landeschau Rheinland-Pfalz“ übertrug am 9. Dezember den Besuch einer Reporterin in einem Swinger-Club – als Live-



SWR-Live-Bericht

Reportage. In der Schalte preist die Journalistin die Vorzüge des Etablissemments an („es gibt sogar spezielle Themenabende für Jüngere“), interviewt die Besitzerin und befragt zwei Gäste, die sich unter schwarzen Kappen verbergen, zu ihren Partnertauscherfahrungen. Der Bericht sorgte in der Geschäftsleitungssitzung am Montag nach der Ausstrahlung für blankes Entsetzen. Die zuständige Landessenderdirektorin Simone Sanftenberg nannte den Beitrag selbst eine „Katastrophe“ und „völlig inakzeptabel“. SWR-Intendant Peter Boudgoust schloss sich dieser Einschätzung an. Personelle Konsequenzen hat der Fehltritt jedoch nicht. Es wurden lediglich die Arbeitsabläufe bei Live-Schaltungen überarbeitet, sagte eine Sondersprecherin. Der SWR realisiert derzeit eine Programmreform, die stärker auf die „Mitte der Gesellschaft“ abzielt. Kritiker sehen seitdem den Trend zum Boulevard verstärkt.